



Unabhängige Patientenberatung Deutschland künftig als Stiftung vom GKV Spitzenverband Bund der Krankenkassen?

München, 24.10.2022

Die BAGP erhielt am Freitag, den 21.10. den seit Juni d.J. erwarteten Referentenentwurf zur Errichtung einer Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) vom BMG zur Kommentierung. Aus unserer Sicht ist dieser Gesetzesentwurf wenig brauchbar für eine Neugestaltung einer UPD, die laut Koalitionsvertrag „in eine dauerhafte, staatsferne und unabhängige Struktur unter Beteiligung der maßgeblichen Patientenorganisationen“ überführt werden soll. Der Wunsch die UPD zu verstetigen und in ein Regelangebot zu überführen, befürworten wir genauso, wie das Angebot finanziell besser als bisher auszustatten. Allerdings sind die von uns geforderte Staatsferne und Unabhängigkeit vom bisherigen Geldgeber - dem GKV Spitzenverband - nicht gelungen.

Wir sehen in dem vorliegenden Referentenentwurf keine wesentliche Verbesserung in Bezug auf die mögliche Unabhängigkeit des Beratungsangebotes für PatientInnen / Ratsuchende und sind sehr verwundert, wie der Gesetzgeber ausgerechnet eine Institution als Stifterin und Finanzier der UPD vorsieht, deren Mitgliedsverbände die gesetzlichen Krankenkassen sind - häufig Anlassgeber für Beratung und Beschwerden in der UPD.

Die aus unserer Sicht notwendige und im Koalitionsvertrag festgeschriebene Staatsferne der neuen UPD wird aus unserer Sicht konterkariert, da im Stiftungsrat u. a. Mitglieder des Bundestages, zweier Ministerien, des GKV Spitzenverbandes Bund und des PKV Verbandes sowie der Bundespatientenbeauftragte stimmberechtigt sind neben Patientenvertretern.

Die Mitwirkung der maßgeblichen Patientenorganisation an der Neu-UPD wird im Wesentlichen auf ein Vorschlagsrecht für den Vorstand und die nicht mehrheitsbestimmende Mitgliedschaft im Stiftungsrat begrenzt. Von einem Auftrag, dass die Maßgeblichen Patientenorganisationen, die die unabhängige Patientenberatung erfunden und jahrzehntelang entwickelt haben, die UPD wieder zentral und regional betreiben sollen ist keine Rede.

Die Politik verpasst die Chance der Neugestaltung einer UPD, die am Beratungsbedarf der PatientInnen und Ratsuchenden ausgerichtet sowie regional verankert und gut vernetzt ist. Mit vorliegendem Referentenentwurf kann aus unserer Sicht keine glaubwürdige Struktur geschaffen werden, die am Patientenwohl ausgerichtet ist.

Es erscheint zudem sehr fraglich, ob mit dem hier vorgelegten Tempo der Gesetzgebung ein nahtloser Übergang von der jetzigen kommerziellen UPD zu einer gemeinnützigen, patientenorientierten und unabhängigen Patientenberatung gelingen kann. Eine Vorgabe zur Anschubfinanzierung zum Aufbau der regionalen Beratungsstellen in 2023 fehlt völlig.

Kontakt:

Geschäftsstelle der BAGP, c/o Gesundheitsladen München e.V.

Astallerstr. 14, 80339 München

mail@bagp.de

Verantwortlich:

Gregor Bornes, Sprecher der BAGP, Gesundheitsladen Köln e.V. gregor.bornes@gesundheitsladen-koeln.de

Carola Sraier, SprecherInnen der BAGP, Gesundheitsladen München e.V. carola.sraier@gl-m.de